

STÄDTEBAULICHE STELLUNGNAHME

zum Antrag auf Förderung selbst genutzten Wohneigentums in Innenstädten
Auskunft* der amtsfreien Gemeinde/des Amtes für Gemeinde (Nichtzutreffendes streichen)

Bauvorhaben

Bauherrin oder Bauherr, Erwerberin oder Erwerber		Straße/Haus-Nr.	
PLZ/Ort	ggf. Ortsteil	Kreisverwaltung	
Angaben zum Grundbuch: Gemarkung		Flur	Flurstück

Das Bauvorhaben befindet sich in einem

- (ehemals) förmlich festgelegten innerstädtischen Sanierungsgebiet im Sinne des § 142 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

- (ehemals) förmlich festgelegten innerstädtischen städtebaulichen Entwicklungsbereich im Sinne des § 165 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

- vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) bestätigten innerstädtischen Vorranggebiet Wohnen bzw. Konsolidierungsgebiet der Wohnraumförderung in einem/einer

Gemeinde der Anlage 3

regionalen Wachstumskern (RWK)

Mittelzentrum gemäß der zentralörtlichen Gliederung des Landes Brandenburg (MZ)

vom MIL geförderten Stadtumbaustadt

sonstigen Stadt

Ein Selbstbindungsbeschluss der Stadt/Gemeinde zu dem definierten Vorranggebiet Wohnen bzw. Konsolidierungsgebiet der Wohnraumförderung liegt vor.

Gebietsname _____ Beschluss vom _____

Das Bauvorhaben ist/liegt im Bestand ein Neubau

ein Baudenkmal Denkmalbereich

Die Erschließung ist gesichert nicht gesichert voraussichtlich ab _____ gesichert.
Monat/Jahr

Es sind bodenarchäologische Maßnahmen zu erwarten ja nein

Das Bauvorhaben entspricht den Zielen der Sanierung bzw. Stadtentwicklung.

Das Bauvorhaben ergibt sich schlüssig aus den strategischen und konzeptionellen Aussagen des INSEK bzw. den Wohnungspolitischen Umsetzungsstrategien.

Die Stadt/Gemeinde setzt(e) für das Bauvorhaben Städtebauförderungsmittel ein.

Fördergegenstand und Richtlinie: _____

Höhe der Förderung einschließlich des kommunalen Miteleistungsanteils: _____

(voraussichtliches) Jahr der Förderung: _____

Wenn zutreffend, bitte eine Kopie der städtebaulichen Stellungnahme der Städtebauförderung dieser Auskunft beifügen.

Ein aussagekräftiger Lageplan mit Kennzeichnung der Grundstückslage in der Stadt/Gemeinde ist der Auskunft beigelegt.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift

* Eine falsche Auskunft löst u. U. Amtshaftungsansprüche aus.